



Maya-Ch'orti'-Führungspersonen sind stark von Repression betroffen. Im Bild Yesenia Onicia Martínez (Repräsentantin von Corozal Arriba), Elodia Castillo Vásquez (Präsidentin von COMUNDICH), Elfa Marina Escalante Vásquez und ihre Tochter Gloria. Foto: Laura Kleiner (PWS)

Zweieinhalb Jahre in Guatemala – eine Menschenrechtsbeobachterin berichtet

«Mit den vielen Morden und der Straflosigkeit erhöht sich das Risiko für die Organisationen, die wir begleiten», sagt Menschenrechtsbeobachterin Laura Kleiner.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 18 Menschen- und LandrechtsverteidigerInnen umgebracht, die Repression gegen soziale Bewegungen ist enorm. Und der guatemaltekische Präsident hat mit seiner Entscheidung, das Mandat der internationalen UN-Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) nicht mehr zu verlängern und deren Leiter nicht mehr einreisen zu lassen, eine politische Krise losgetreten. Was ist los in Guatemala? Im Interview mit Laura Kleiner suchen wir nach Antworten.

PWS: Laura, du warst rund zweieinhalb Jahre als Menschenrechtsbeobachterin bei der PWS-Partnerorganisation ACOGUATE im Einsatz. Was hat sich in dieser Zeit in Guatemala am stärksten verändert?

Laura Kleiner: Bei dieser Frage kommt mir zuerst in den Sinn, was sich alles nicht verändert hat: der Rassismus, die Ungleichheiten, die Repression gegen Menschen-

rechtsverteidigerInnen (MRV), die Korruption der Regierung, der Terror als Mittel zur Machterhaltung. Als ich Anfang 2016 in Guatemala ankam, trat Jimmy Morales das Amt des Präsidenten an. Mit ihm wurde die Korruption in Regierung und Kongress sogar noch gefestigt. Vor meiner Ankunft war der damalige Präsident Pérez Molina zum Rücktritt gedrängt worden und sitzt nun wegen Korruption in Untersuchungshaft. Im Vergleich zu den damaligen Protesten hat die Militär- und Polizeipräsenz bei den jetzigen Manifestationen stark zugenommen. Diese Militarisierung in der Hauptstadt sowie die politische Instabilität verbreiten Angst und lassen Kriegstraumata wieder wach werden.

Für mich persönlich hingegen verbinde ich mein erstes Jahr mit enormen Fortschritten in der Vergangenheitsbewältigung. Danach verlangsamte sich alles erneut, und die Fortführung des Prozesses zum Massaker in Las Dos Erres wurde erst sogar um Jahre hinausgeschoben.

Weshalb werden denn Prozesse zu Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs immer wieder verschoben?

Die ausführliche Version des Interviews, die auch zahlreiche Links zu Hintergrundinformationen enthält, findet sich auf http://www.peacewatch.ch/fileadmin/user_upload/guatemala/dokumente/Info2018.2_Interview-lang-web_DEF.pdf.

Veranstaltungen, Daten und Infos finden Sie auf unserer Website und den Blogs «peacewatch.blog» und «eappiswitzerland.wordpress.com».

In Prozessen zur Vergangenheitsbewältigung werden ständige Unterbrüche durch das Einlegen von Rechtsmitteln genutzt, um die Erkrankung und Erschöpfung oder den Tod der ZeugInnen abzuwarten. So soll die Straflosigkeit für die ehemaligen hochrangigen Militärs, die nach wie vor indirekt an der Macht sind, garantiert werden.

Die Repression gegen soziale Bewegungen hat sich im letzten halben Jahr nochmals verschärft, und angesichts der anti-rechtsstaatlichen Politik von Präsident Morales wird über einen Putsch von oben spekuliert. Was geht da ab?

Meiner Meinung nach fühlt sich Morales von der CICIG bedroht, da diese eine Untersuchung gegen ihn wegen illegaler Wahlkampffinanzierung will. Während Einige über einen Putsch von oben spekulieren, wird die aktuelle Lage von Anderen bereits als solcher bezeichnet. Denn die Regierung berücksichtigt die Gewaltentrennung nicht, indem sie gegen die Anordnung des Verfassungsgerichts handelt. Die Frage ist nun, wie

«Der Staat fühlt sich von Menschenrechtsinstitutionen und -organisationen bedroht.»

die Bevölkerung darauf reagiert.

Die Zunahme der Angriffe auf und Morde an sozialen Führungspersonen und MRV ist womöglich darauf zurückzuführen, dass durch Repression soziale Massenbewegungen, wie 2015 gegen den damaligen Präsidenten Pérez Molina, verhindert werden sollen.

Wie wirkt sich die politische Situation auf die von ACOGUATE begleiteten Organisationen und Gemeinschaften aus?

Die Organisationen, die wir begleiten, sind von zunehmender Kriminalisierung und Diffamierung betroffen. So nehmen diese z. B. in der «Resistencia Pacífica» in Ixquis (Dep. Huehuetenango) zu. Das Wasserkraftunternehmen, gegen das sich die «Resistencia» wehrt, führt eine soziale Spaltung in der Region herbei, indem es AnwohnerInnen dafür bezahlt, ihre NachbarInnen als gewalttätige Gruppe zu diffamieren und damit die soziale Bewegung zu delegitimieren.

In Corozal Arriba (Dep. Zacapa) wiederum ist die Kriminalisierung auf lokaler Ebene offensichtlich: Sechs Gemeindeangehörige wurden ohne Beweise zu sechs Jahren Haft wegen Mordes verurteilt. Während vom Gericht die ZeugInnen der Verteidigung als unglaubwürdig abgetan wurden, gründet das ganze Urteil in einer zweifelhaften Aussage einer Person, die für die Finca-



Laura Kleiner (28) studierte Recht, war von Anfang 2016 bis März 2018 als Menschenrechtsbegleiterin mit ACOGUATE im Einsatz und übernahm danach bis September 2018 aushilfsweise Koordinationsaufgaben.
Foto: SweFOR

Besitzerin arbeitet, mit der die Gemeinde in einem Landrechtsstreit steht.

Mit den zahlreichen Morden an sozialen Führungspersonen sind die Organisationen, die wir begleiten, einem grossen Risiko ausgesetzt. Dies gilt v. a. für Bewegungen wie die GegnerInnen des Silberminenunternehmens «Minera San Rafael», die sich in einer höchst angespannten Situation befinden. Im Juli dieses Jahres wurden zwei Mitglieder der Widerstandsbewegung gegen die Mine «San Rafael» ermordet.

Von Rückschritten oder gar Angriffen auf Leib und Leben bedroht sind nicht nur

Menschen an der Basis, sondern auch staatliche Behörden wie das Menschenrechtsprokurat. Was bedeutet das für die von ACOGUATE begleiteten Fälle?

Es bestätigt, dass sich der Staat von diesen Institutionen und Menschenrechtsorganisationen bedroht fühlt. Und es zeigt: Wenn selbst die menschenrechtliche Arbeit einer staatlichen Behörde angegriffen wird, ist die Situation für nichtstaatliche Organisationen noch viel schlimmer. Eine der wenigen staatlichen Instanzen, die den MRV zur Verfügung stehen, kann ihnen keinen Schutz garantieren, weil sie selber des Schutzes bedarf.

Gibt es nebst den äusserst besorgniserregenden auch hoffnungsvolle Entwicklungen in Guatemala?

Ja! Dazu gehören die Fortschritte in Fällen von sexueller Gewalt während des Bürgerkriegs. Nach dem historischen Urteil vom Februar 2016 zur sexuellen Sklaverei im Fall Sepur Zarco wurden im Mai 2018 im Fall Molina Theissen vier hochrangige Militärangehörige für gewaltsames Verschwindenlassen und Vergewaltigung verurteilt. Im Juli dieses Jahres begann ein weiterer Prozess in einem Fall sexueller Gewalt, angeführt von 35 überlebenden Frauen, die ebenfalls von ACOGUATE begleitet werden.

Eine weitere positive Entwicklung ist die Zusammenarbeit verschiedener Menschenrechtsorganisationen zum Sichtbarmachen von lokalen MRV. Dazu gehören die Verleihungen des Preises von «Frontline Defenders» 2018 an die «Resistencia Pacífica» aus Ixquis und des Alice Zachmann-Preises für MRV 2017 an Elodia Castillo Vásquez, die Ch'orti'-Leaderin und Präsidentin der von ACOGUATE begleiteten Organisation COMUNDICH. Auch die Arbeit des Menschenrechtsprokurators, Jordán Rodas, und sein Engagement gegen die Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit durch die Regierung sind als Fortschritt anzusehen.